

Gewerbeförderungsaktionen des Staates und der Länder sichern dem gewerblichen Kleinbetriebe noch weit günstigere Ausichten für die Zukunft. Es ist nur notwendig, daß in der Übergangswirtschaft unser Handwerk Arbeit, Rohstoffe und billigen Kredit so rasch als möglich erhält. Von der Sozialdemokratie hat aber der Gewerbestand keine Hilfe zu erwarten. Sie stehen auf demselben Standpunkte wie ihre Vorläufer, die Liberalen, und erblicken in den gewerblichen Kleinbetrieben unzeitgemäße Betriebsformen, die nicht gehalten werden und nicht genug rasch verschwinden können. Wenn der sozialdemokratische Wahlausruf großmütig versichert, daß das Eigentum des Handwerkers nicht angetastet werden soll, so haben wir wohl nicht die geringste Gewähr, daß dieses feierliche Versprechen in der sozialistischen Republik eingehalten wird, die doch nur ein Interesse an dem raschen Untergange des Kleinbetriebes hat. Wenn Gewerbetreibende so töricht sind, mit dem Stimmzettel in der Hand die Errichtung einer sozialistischen Republik zu beschleunigen, so spielen sie die traurige Rolle des eigenen Totengräbers.

Kirche und Schule.

Das sozialdemokratische Wahlprogramm verlangt die Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche. Zugleich wird versichert, daß „es dem Gläubigen unverwehrt bleiben soll, nach den Lehren seiner Religion zu leben“ und daß „die Macht der Kirche ungeschmälert bleiben soll, soweit sie auf ihrem Einfluß auf die Gläubigen beruht“. Wenn es der Sozialdemokratie nur darum zu tun ist, einen staatlichen Zwang auf die Ungläubigen in der Ausübung einer bestimmten Religion auszuschalten, so würde sie auch den Beifall der Gläubigen finden. Die Gewissensfreiheit der Ungläubigen ist heute nicht bedroht, die konfessionslosen roten Führer wissen am besten, daß sie keinem religiösen Zwang unterworfen sind. Es steht eine ganz andere Frage auf der Tagesordnung, die jetzt alle Kreise am meisten interessiert, nämlich die über das zukünftige Verhältnis zwischen Staat und Kirche und Schule und Kirche, und darauf gibt der sozialdemokratische Wahlausruf eine Antwort, die die religiös Gesinnten, mögen sie nun Katholiken, Protestanten oder Juden sein, durchaus nicht befriedigen kann. Wenn eine sozialistische Mehrheit be-

rufen sein soll, dieses Verhältnis zu regeln, dann wird die Entscheidung zu Ungunsten der Gläubigen ausfallen, denn die sozialdemokratische Partei ist eine kirchenfeindliche, die nicht das geringste Verständnis für Religion und Kirche bisher gezeigt hat. Von den Sozialisten können wir nicht erwarten, daß sie sich in die religiösen Bedürfnisse des Volkes hineinleben und ihre Kultuspolitik danach einrichten. Die Gläubigen müssen verlangen, daß jede Neuregelung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in schonender Form und nicht in einem religionsfeindlichen Geiste erfolgt. Die Erfüllung dieses Verlangens können wir aber nur von einer politischen Partei erwarten, die ein gewisses Verständnis für die Rolle der Religion im Leben unseres Volkes besitzt.

Ein solches Verständnis ist bei den Sozialdemokraten nicht zu erwarten. Ein Teil ist religionsfeindlich. Er glaubt, daß mit dem sozialistischen Staate auch die Religion verschwinden werde und daß man an dem Verschwinden der letzteren interessiert sei, um das Zustandekommen des ersteren zu beschleunigen. Hatte doch Marx die religiösen Anschauungen als ein Hirngespinnst (Ideologie) bezeichnet, das mit der Umwälzung der Verhältnisse von selbst verschwinden werde. Der alte Liebknecht sagte auf dem Parteitage zu Halle (Protokoll 176): „Der Religion können wir bloß dadurch zu Leibe gehen, daß wir die Religion des einzelnen ruhig Religion sein lassen, ihm aber Wissen beizubringen suchen. Die Schule muß gegen die Kirche mobilisiert werden, der Schulmeister gegen die Pfaffen, richtige Erziehung beseitigt die Religion.“ Der Ansicht, daß durch „Aufklärung“ mit Hilfe der Bücher der materialistischen Schriftsteller der Glaube zerstört werden kann, huldigen auch heute noch die meisten Sozialdemokraten. Aus diesem Grunde schrieb der Grazer „Arbeiterwille“, als er für Haedels Welträtzel die Reklametrommel rührte: „Proletarier, kauft euch diese Bibel der modernen Weltanschauung. Ih: werdet sein wie Gott, und kein Flammenschwert wird euch aus diesem Paradiese stürzen können.“ Bebel hatte von diesem Standpunkte ganz recht, wenn er in seiner Broschüre „Christentum und Sozialismus“, S. 16, schrieb: „Christentum und Sozialdemokratie stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser“, und wenn Genosse Losinski in den „Sozialistischen Monatsheften“ (Band I [130] 1902) ausrufen konnte: „Der end-

gültige Sieg des Sozialismus wird nur möglich sein durch die endgültige Überwindung des Christentums.“ Ein Teil der Sozialdemokraten schwärmt für eine neue Religion, er erkennt es an, daß das religiöse Bedürfnis aus dem Menschen nicht leicht zu verdrängen ist. Wissenschaft, Kunst und Natur sollen die alte Religion ersetzen, und sie sprechen jeder Persönlichkeit das Recht zu, sich eine Privatreligion zurecht zu stuzen. Von dieser Seite wird gänzlich verkannt, daß die Religion gemeinschaftsbildend und kirchenbildend ist. Die Mehrzahl der Sozialdemokraten nimmt ihre Zuflucht zu dem Schlagworte „Religion ist Privatsache“, um bei der Agitation nicht auf den Widerspruch jener Leute zu stoßen, die noch christlich denken. Der sozialdemokratische Abg. Bollmar hat auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M. 1894 (Protokoll S. 146) offen zugestanden: „Mit der vielfach betriebenen Zweideutigkeit, die Religion als Privatsache zu bezeichnen und dabei die Prinzipien niedrigster und albernster Pfaffenfresserei und Kulturpaukereii zu treiben, muß entschieden ausgeräumt werden.“ Diese Mahnung ist fruchtlos geblieben. Die sozialdemokratische Presse verhöhnt die Glaubenswahrheiten der Kirche, ihre Festartikel zu den hohen kirchlichen Festen wie Weihnachten und Ostern sind oft Schmähungen des Christentums, und welche Unuldbsamkeit gegen gläubige Arbeiter in den Fabriken, wo die Sozialdemokraten in der Mehrheit sind, geübt wird, und welche Angriffe letztere auf ihre Gläubigkeit sie sich gefallen lassen müssen, ist zur Genüge bekannt. Eine gute Lösung der kulturpolitischen Frage ist daher von dieser Partei nicht zu erwarten und mag sie noch so schöne Worte in ihrem Wahlprogramm über Glaubens- und Gewissensfreiheit finden.

Was die Sozialdemokratie nicht begreift, ist, daß die Religion eine unentbehrliche Rolle im Leben der großen Gemeinschaft, des Staates, spielt, daß die Religion nicht bloß Privatsache ist, sondern gemeinschaftsbildend, kirchenbildend ist, daß der Staat ein Interesse hat, in ein gutes Verhältnis zur Kirche zu kommen. Weil ihr dieses Verständnis fehlt, wird sie eine Trennung anstreben, die nicht der Kirche gibt, was der Kirche ist, sondern der Kirche schädlich ist. Aus diesem Grunde hat auch unsere sozialdemokratische Presse mit Jubel das kirchenfeindliche Trennungsgesetz in Frankreich, wofür auch die Sozialdemokraten gestimmt haben, begrüßt, das nicht eine

Freiheit, sondern eine Bedrückung der Kirche gebracht hat. Übrigens hat der „Vorwärts“ (10. Dezember 1908) offen eingestanden, daß die Trennung nur die Mindestforderung der Sozialdemokratie ist und daß sie keineswegs für das amerikanische Beispiel, das der Kirche eine große Freiheit gewährt, begeistert ist. Er schrieb nämlich: „Die Sozialdemokratie in allen Ländern hat in ihrem Programm die Forderung der Trennung der Kirche vom Staat sowie der Schule von der Kirche. Dies ist auch die äußerste Lösung der Frage, deren die bürgerliche Gesellschaft fähig ist. Während aber diese rein formale Erledigung der Sache für den bürgerlichen Liberalen das höchste war, wozu er sich in seiner besten Zeit aufzuschwingen vermochte, ist sie für die Sozialdemokratie, wohlgemerkt, eine der Minimalforderungen des Programms. Die Sozialdemokratie verlangt von dem heutigen Staate als die minimalsten Garantien der geistigen Freiheit, daß die Religion zur Privatsache erklärt und die Schule von jeder Einmischung der Kirche verschont wird. Der bürgerliche Liberale in seiner besten Zeit glaubte nun, daß damit, das heißt mit der Abschaffung des Kultusbudgets und der konfessionellen Schule, für die gänzliche Befreiung von dem geistigen Druck der Kirche gesorgt wäre. „Wenn jeder seinen Priester bezahlt, wie er seinen Bäcker bezahlt“, so meinten die bürgerlichen Freidenker, dann sei es mit der Herrschaft der Kirche über die Gemüter vorbei. Die Oberflächlichkeit dieser bürgerlich-freidenkerischen Gesichtspunkte beweisen schon zur Genüge die Vereinigten Staaten Nordamerikas, wo bei völliger Trennung von Kirche und Staat das Muckertum und das Sektenwesen aufs beste blüht und gedeiht.“ Also wohlgemerkt: Trennung von Kirche und Staat im Sinne des Wortes von der „freien Kirche im freien Staat“, das will die Sozialdemokratie gar nicht, weil die Kirche dann nicht untergeht, sondern „aufs beste blüht und gedeiht“.

Die Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokraten tritt aber in der Forderung der religionslosen Zwangsschule, der „Freien Schule“, wie sie genannt wird, noch deutlicher zutage. In dem Wahlprogramm heißt es: Trennung der Schule von der Kirche, und einige Zeilen weiter: „Der Unterricht soll von pfäffischer Unduldsamkeit befreit werden“. Wenn der neue Volksstaat die Volksbildung zu seinen Kulturaufgaben zählt, und er den Bildungszwang in der Form des Schul-

zwanges vielleicht sogar bis zum 18. Lebensjahre einführt, dann übernimmt er eine Bildungspflicht, eine Pflicht auf sich, wie Prof. Peters in der „*Völnischen Volkszeitung*“ (19. Dezember 1918) in zutreffender Weise ausgeführt hat, „deren einzelne Forderungen durchaus nicht seiner Willkür überlassen, sondern gebunden sind an das Volk, an seine Bildungsbedürfnisse, wie auch an seine Bildungsrechte“. Der gläubige Volksteil wird aber unter allen Umständen seine Bildungsbedürfnisse geltend machen. Ihm gilt die Religion als wesentlicher Bestandteil der Jugendbildung und -erziehung, so daß er ihn in den staatlichen Zwangsschulen nicht entbehren kann. Die Schule hat den Zweck, für das Leben zu bilden. Gläubige Katholiken und Protestanten sind darüber einig, daß klares sittliches Urteil, warmes sittliches Empfinden, starkes, zielbewußtes Wollen, wie es der Christ zur Erfüllung seiner Lebensaufgabe, die nicht bloß von dieser Welt, in Nahrung, Kultur und Produktion, sondern in einem nimmerendenden Leben besteht, ihm nur seine Religion vermittelt. Prof. Peters schreibt: „Wer also für Kinder christlicher, gläubiger Eltern ein Bildungsprogramm vorlegt, in dem die Überzeugung von einem jenseitigen Leben, einer in Gott verankerten sittlichen Ordnung, einer durch Christi Gnade bewirkten, übernatürlichen Heilung und Erhebung der sündigen Menschheit fehlt oder gar keinen Platz findet, der plant eine Bildung, die in der Luft schwebt, der baut nicht auf, der stört und zerstört. Das katholische Volk kennt keine Sittlichkeit, die losgelöst steht von Glaube und Religion. Es kennt keine wahre Bildung und Erziehung ohne religiöse Sittlichkeit. Es verlangt daher, daß die Bildung seiner Jugend auf religiös-sittlichem Boden erhalten werde... Von dem Volksstaat, der die Jugendbildung in ihrem ganzen Umfange zu seinem Monopol stempelt, verlangt das katholische Volk mit Recht, daß er katholischen Kindern zu katholischem Religionsunterricht verhilft.“

Was die Sozialdemokraten und mit ihnen auch die Deutschdemokraten anstreben, das ist die religionslose Einheitschule, die als Zwangsschule für alle gedacht ist. Dieses Programm muß aber den heftigsten Widerspruch aller gläubigen Christen finden, denn in ihren Augen gibt es keine Erziehung ohne Religion. Eine Laienmoral oder bürgerliche Ethik wird niemals die Religion ersetzen können. Gewiß gibt es in den

Lehren der Ungläubigen und Religionslosen auch eine Moral. Doch bei dem Kinde versagt sie, weil es unmöglich ist, dem Kind ihre Autorität und ihre verpflichtende Kraft klarzumachen. Friedrich Nietzsche hat über eine solche Schule mit einer religionslosen Moral ein vernichtendes Urteil gefällt. Diejenigen, die da Freidenker sein wollen, jagt er im „Zarathustra“, haben die Dogmen abgelehnt, die Ethik aber beibehalten. Seid doch ehrlich, rief er ihnen zu, und bleibt nicht auf halbem Wege stehen, denn die Ethik stützt sich immer auf das Dogma. Mit anderen Worten hat Tolstoi denselben Gedanken ausgesprochen: „Ein Mensch, dessen Wissen nicht auf religiöser Grundlage aufgebaut ist, kommt mir vor, wie jemand, der, ohne Musik gelernt zu haben, den Platz eines Kapellmeisters einnehmen will.“ Ein Stehenbleiben auf halbem Wege wird aber nicht möglich sein, es gibt nur ein Hinabgleiten auf abschüssiger Bahn. Eine religionslose Erziehung in der Zwangsschule stört die Harmonie des Kindes. In der Erziehungsarbeit gibt es kein Spezialistentum. Wenn die Bildungs- und Erziehungsarbeit des Hauses in der Schule keine Fortsetzung und Förderung erhält und das Kind aus dem religiösen Hause in die Schule ohne Religion, ohne Gebet, ohne religiöses Leben und religiöse Abzeichen tritt, dann wird das Erziehungswerk gestört, denn das Kind nimmt die ganze Welt mit all ihren Eindrücken in sich auf und sucht nach einer Aufklärung über alle Probleme. Einer solchen Schule werden die Gläubigen ihre Kinder nie anvertrauen. Das sozialdemokratische Schulprogramm mag den Ungläubigen entsprechen, da sie mit Hilfe dieser Reform aus der Schule eine Pflegestätte ihrer Weltanschauung zu machen hoffen, doch gläubige Eltern werden schon aus dem Grunde der Sozialdemokratie keine Gefolgschaft leisten können, weil in ihrem Schulprogramm kein Raum für die christlichen Erziehungsaufgaben vorhanden ist.

Die Bolschewikigefahr.

Die Gefahr des Militarismus und des Bureaokratismus ist überwunden, nun droht uns eine andere Gefahr, nämlich die proletarische Klassenherrschaft oder die Diktatur des Proletariats. Rußland hat damit den Anfang gemacht. Dort ist die sozialdemokratische Lehre von der Klassenherrschaft